



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung der Gemeindevertretung Henstedt-Ulzburg 38/2003-2008 am 18.03.2008
im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 20.50 Uhr

Anwesend:

- | | | |
|-----|----------------------|------------------------------|
| 1. | Bürgervorsteher | Joachim Süme |
| 2. | Gemeindevertreter/in | Doris Baum |
| 3. | " | Christiane Bohnert |
| 4. | " | Rotraut Bolte |
| 5. | " | Elisabeth von Bressensdorf |
| 6. | " | Folker Brocks |
| 7. | " | Simone Brocks |
| 8. | " | Hans-Detlev Bruhn |
| 9. | " | Mariano Córdova |
| 10. | " | Wolfgang Flößer |
| 11. | " | Heinz-Georg Gülk |
| 12. | " | Gudrun Hohn |
| 13. | " | Karin Honerlah |
| 14. | " | Horst Ostwald |
| 15. | " | Siegfried Ramcke |
| 16. | " | Detlef Reinke |
| 17. | " | Hans-Joachim Rösel |
| 18. | " | Clauss-Dieter Rommerskirchen |
| 19. | " | Reinhard Schaar |
| 20. | " | Carsten Schäfer |
| 21. | " | Jörg Schlömann |
| 22. | " | Kai Schmidt |
| 23. | " | Johann Schümann |
| 24. | " | Wilfried Wengler |
| 25. | " | Hans-Joachim Werner |

seitens der Gemeindeverwaltung

Bürgermeister Volker Dornquast
Petra Felker als Protokollführerin

entschuldigt fehlen:

Gemeindevertreterin Edda Lessing
Gemeindevertreterin Annette Marquis



Bürgermeister Sümme eröffnet die Sitzung und begrüßt die Damen und Herren der Gemeindevertretung und -verwaltung, die anwesenden Mitglieder des Seniorenbeirates, die Vertreterinnen oder Vertreter der Presse sowie die erschienenen Bürgerinnen und Bürger.

Zur heutigen Sitzung wurde fristgerecht und ordnungsgemäß unter Bekanntgabe der Tagesordnung eingeladen. Die Zeit, der Ort und die Tagesordnung der Sitzung der Gemeindevertretung wurden rechtzeitig öffentlich bekannt gemacht. Die Gemeindevertretung ist beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschließen die Mitglieder der Gemeindevertretung einstimmig, die Tagesordnung auf Grund der Dringlichkeit um den neuen Tagesordnungspunkt 2a „*Nachwahl der Beisitzer/Beisitzerinnen und Stellvertretungen in den Gemeindevwahlausschuss für die Kommunalwahl 2008*“ zu erweitern.

Anschließend informiert Bürgermeister Sümme, dass die Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung 37/2003-2008 vom 19.02.2008 erst für die nächste Sitzung der Gemeindevertretung auf der Tagesordnung stehen wird, da diese von ihm aufgrund seiner urlaubsbedingten Abwesenheit erst am Vortag unterschrieben werden konnte.

Somit ergibt sich die nachfolgende

Tagesordnung:

- 1. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 2. Anfragen von Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern**
- 2a. Nachwahl der Beisitzer/Beisitzerinnen und Stellvertretungen in den Gemeindevwahlausschuss für die Kommunalwahl 2008**
- 3. Einführung von Regional- bzw. Gemeinschaftsschulen**
- 4. Einrichtung einer Kinderkrippe in der Kindertageseinrichtung Theodor-Storm-Straße**
- 5. Bewilligung über- und außerplanmäßiger Ausgaben**
- 6. Übertragung der Durchführung der Gewässerunterhaltung an der Alster und der Rönne auf den Gewässerpflegeverband „Mittlere Alster“
- Mitgliedschaft der Gemeinde im Gewässerpflegeverband „Mittlere Alster“**
- 7. Erlass einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus Anlass von Märkten, Messen und ähnlichen Veranstaltungen an Sonn- und Feiertagen**
- 8. Bebauungsplan Nr. 37 „Radeland“, 3. Änderung“ (beschleunigtes Verfahren)
- Beratung über die eingegangenen Anregungen und Bedenken der öffentlichen Auslegung -
- Satzungsbeschluss -**



9. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner

10. Grundstücksangelegenheiten

11. Vereinsgrundstücke in Henstedt-Ulzburg

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Ein Einwohner aus dem Rhinkatenweg 5 (Eckgrundstück zum Salzweg) nimmt Bezug auf die Planungen der Gemeinde, in direkter Nachbarschaft zu seinem Grundstück einen Biotopkomplex mit einem 3 m hohen Wall anzulegen, auf dem nach seiner Kenntnis Bäume gepflanzt werden sollen, für die eine Wuchshöhe von 11 m beabsichtigt ist. Er befürchtet, dass sein Grundstück dann permanent im Schatten liegen könnte.

Bürgermeister Dornquast informiert, dass hinsichtlich der angesprochenen Planung ein Grundsatzbeschluss, jedoch noch kein Detailbeschluss, in den gemeindlichen Gremien gefasst wurde. Die Verwaltung bereitet derzeit ein Informationsschreiben an die betreffenden Anlieger zur Vorstellung der Pläne vor. Diese erhalten Gelegenheit, eine Stellungnahme abzugeben. Erst im Anschluss daran soll in den gemeindlichen Gremien über die tatsächliche Bepflanzung entschieden werden. Bürgermeister Dornquast sagt dem Einwohner zu, dass dessen in der heutigen Sitzung geäußerte Bedenken bei der endgültigen Beschlussfassung in der Angelegenheit Berücksichtigung finden werden. Außerdem weist er auf die in dem Bereich gelegene Hochspannungsleitung hin, welche ohnehin nur eine begrenzte Wuchshöhe zulässt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

„Anfragen von Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern“

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt eine am 17.03.2008 per E-Mail bei Bürgermeister Dornquast eingegangene Anfrage von Frau Honerlah vor, die von diesem wie folgt beantwortet wird:

Fragen:

1. Hat die Kommunalaufsicht Sie angewiesen, den Haushaltsplan für die Jugendstiftung der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vorzulegen?
2. Hat die Kommunalaufsicht dargelegt, dass auch für rechtsfähige kommunale Stiftungen die Gemeindehaushaltsverordnung gilt?
3. Welche Verfügungen über das Stiftungsvermögen wurden zwischenzeitlich getätigt?

Antwort:

Der Haushaltsplan für die Jugendstiftung wird zusammen mit der 1. Nachtragshaushaltsatzung für 2008 den gemeindlichen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden (ca. im September 2008).



Die Kommunalaufsicht des Kreises verweist auf einen Erlass des Innenministers vom 05.03.2003 zu stiftungsrechtlichen Fragen Darin ist u. a. aufgeführt, dass aufgrund des von einer kommunalen Stiftung zu beachtenden Kommunalverfassungsrechts die Beschlüsse des Stiftungsrates die letztendliche Entscheidung der Gemeindevertretung über den Haushaltsplan der Stiftung nicht ersetzen können. Bürgermeister Dornquast ist zwar nach wie vor anderer Meinung, will sich aber nicht mit der Kommunalaufsicht um Formalien streiten.

Bis zur Beschlussfassung über den Haushaltsplan für die Jugendstiftung werden voraussichtlich keine Verfügungen über das Stiftungsvermögen getätigt.

Zu Punkt 2a der Tagesordnung:

„Nachwahl der Beisitzer/Beisitzerinnen und Stellvertretungen in den Gemeindevwahlausschuss für die Kommunalwahl 2008“

Dieser Tagesordnungspunkt wurde durch Beschlussfassung der Gemeindevertretung zu Beginn der Sitzung neu auf die Tagesordnung gesetzt.

Siehe Vorlage.

Zwischenzeitlich wurden sowohl von der CDU-Fraktion als auch von der SPD-Fraktion Kandidaten für die Nachwahl der Beisitzer/innen und Stellvertretungen in den Gemeindevwahlausschuss für die Kommunalwahl 2008 benannt.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung wählt

Herrn **Klaus-Dieter Haas**
als Beisitzer (für Harald Milanese)

Herrn **Sönke Carstensen**
als stellv. Beisitzer (für Harald Söbenbohm)

Herrn **Dietmar Hurlebusch**
als stellv. Beisitzer (für Wolfgang Flößer)

Herrn **Heinz Papenhagen**
als stellv. Beisitzer (für Paul Giese)

Herrn **Horst Schroeder**
als Beisitzer (für Renate Sülau)

**in den Gemeindevwahlausschuss für die Kommunalwahl
am 25.05.2008.**

Beschlussfassung: einstimmig



Zu Punkt 3 der Tagesordnung: **„Einführung von Regional- bzw. Gemeinschaftsschulen“**

Siehe Vorlage.

Herr Wengler berichtet als Vorsitzender des Kultur- und Jugendausschusses zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Brocks schildert, wie sich die „Schullandschaft“ in Henstedt-Ulzburg im Falle der Umsetzung des heute zur Beschlussfassung stehenden Antrages der CDU-Fraktion darstellen wird. Dabei geht er auf die einzelnen Schularten, Bildungsgänge und -abschlüsse ein. Er informiert über die Unterschiede zwischen der zukünftigen Gemeinschaftsschule und der heutigen Gesamtschule und teilt mit, dass für seine Fraktion das bestehende Alstergymnasium gegenüber anderweitig denkbaren Gymnasialabschlüssen Priorität genieße und weiterhin zu fördern sei. Er begründet die Entscheidung der CDU-Fraktion für je eine Regional- und Gemeinschaftsschule. Durch ein Schulangebot in der vollen Bandbreite der gesetzlichen Möglichkeiten solle den Bürgerinnen und Bürgern innerhalb der Gemeinde die maximal erzielbare Wahlfreiheit eingeräumt werden.

Herr Ostwald spricht sich, wie auch bereits während der voran gegangenen Ausschussberatungen, namens der SPD-Fraktion erneut für die Einrichtung von zwei Gemeinschaftsschulen und die Eigenständigkeit der Grundschulen aus und begründet diese Auffassung. Er wirft der CDU-Fraktion vor, das Thema Schulreform zu einer parteipolitischen Angelegenheit gemacht zu haben und die Meinung der Schulleitungen dabei außer Acht zu lassen. Herr Ostwald plädiert für die ursprüngliche Planung, vor einer endgültigen Beschlussfassung über die Einführung von Regional- bzw. Gemeinschaftsschulen, erneut im Kultur- und Jugendausschuss darüber zu beraten. Eine derart wichtige Entscheidung im Schnellverfahren zu treffen, lehnt er ab.

Herr Brocks weist den Vorwurf einer vermeintlich ideologischen Ausrichtung der Thematik seitens der CDU-Fraktion vehement zurück. Gleichzeitig kritisiert er das Verhalten der SPD-Fraktion, sich nicht gegenüber anderen Argumentationen zu öffnen. Die Verteilung einer von der SPD-Landtagsfraktion herausgegebenen schriftlichen Veröffentlichung zur Umsetzung des neuen Schulgesetzes durch Mitglieder der CDU-Fraktion wird nach Aufforderung durch Bürgervorsteher Süme eingestellt.

Herr Schäfer tritt für eine möglichst große Vielfalt an Schulformen ein und erklärt, dass er dem auf dem Antrag der CDU-Fraktion basierenden Beschlussvorschlag zustimmen wird. Des Weiteren dankt er im Namen der WHU-Fraktion allen, die sich an der Meinungsbildung in der Angelegenheit beteiligt haben, insbesondere dem Arbeitskreis Schulelternbeiräte, und bittet diese, den Umsetzungsprozess zu verfolgen und ihre Beobachtungen dazu der Verwaltung und den Mitgliedern seiner Fraktion kundzutun.

Herr Schäfer regt an, über eine verbindliche Terminierung für die Umstellung auf die neuen Schulformen zum Schuljahresbeginn 2009/2010 nachzudenken. Herr Brocks entgegnet, dass der Realisierungstermin maßgeblich von der Fertigstellung der durch die Schulen zu entwickelnden pädagogischen Konzepte abhängig ist. Der Zeitaufwand hierfür sei beträchtlich und nicht voraussehbar.



Herr Schäfer mahnt, auf die Qualität der Schulen zu achten, um einer Abwanderung von Schülerinnen und Schülern an Privatschulen entgegenzuwirken. Er fordert dazu auf, die einzelnen Schularten nicht schlecht zu reden sondern diese gleichmäßig gut zu behandeln, um dem sich scheinbar in der Gesellschaft wieder verstärkenden Standesdenken Einhalt zu gebieten.

Hinsichtlich der erforderlichen Einrichtung einer Mensa im derzeitigen Schulzentrum schlägt er vor, von dem jetzigen Aufenthaltsraum vor der Cafeteria einen Durchbruch in Richtung Schulhof auszuführen. Der jetzige Musikraum der Realschule könnte als zusätzlicher Essensraum genutzt werden.

Bürgermeister Dornquast informiert, dass aufgrund der Anmeldezahlen für das Alstergymnasium ab dem Schuljahr 2008/2009 eine Aufteilung in sechs Klassen notwendig sein wird, während nur vier Abiturklassen die Schule verlassen werden. Darüber hinaus ist, infolge der vielen Gymnasialanmeldungen von Realschulabsolventen, die Einrichtung einer zusätzlichen Klasse für den 11. Jahrgang unumgänglich. Somit kann nicht davon ausgegangen werden, dass der o. g. Fachraum für die Einrichtung einer Mensa zur Verfügung steht. Die Eilbedürftigkeit der Angelegenheit sei unstrittig. Jedoch müsse in Zusammenarbeit mit den Schulleitungen eine Lösung erarbeitet werden.

Frau Honerlah erklärt, dass der seitens der WHU-Fraktion eingebrachte Antrag, eine Gemeinschaftsschule in Abstimmung mit den Realschulen einzurichten, mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag zwar erfüllt ist. Jedoch plädiert sie aufgrund des Ergebnisses der Anhörungen der Schulleitungen, die sich in der Sitzung des Kultur- und Jugendausschusses am 03.03.2008 sämtlich für zwei Gemeinschaftsschulen ausgesprochen haben und deren Kompetenz sie einen hohen Stellenwert beimisst, nunmehr für eine weitere Gemeinschaftsschule. Dieses gelte auch für Frau Baum.

Herr Schlömann wiederholt eindringlich seinen bereits im Kultur- und Jugendausschuss gestellten Antrag, die Entscheidung in der Angelegenheit auf einen Sitzungstermin nach der Kommunalwahl 2008 zu vertagen, um parteipolitische Betrachtungsweisen weitestgehend auszuschließen.

Herr Rösel spricht sich dafür aus, die Grundschulen und das Alstergymnasium eigenständig zu belassen. Er plädiert für je eine Regional- und Gemeinschaftsschule und begründet dieses. Eine Regionalschule sollte, da es sich um eine Regelschule handelt, für die gesetzlich eine Verpflichtung zur Aufnahme jeglicher Schülerinnen und Schüler besteht, in jedem Fall zur Verfügung gestellt werden.

Bürgermeister Dornquast stellt klar, dass der Wunsch, schnellstmöglich eine Entscheidung hinsichtlich der Schularten in der Gemeinde herbeizuführen, von Seiten der Schulen mehrfach nachdrücklich geäußert wurde. Bezug nehmend auf den Meinungsaustausch über die Notwendigkeit einer Sozialpädagogin oder eines Sozialpädagogen für die geplante Gemeinschaftsschule mit Ganztagsbetrieb im Gebäude der jetzigen Realschule Rhen informiert er, dass die Einstellung eine/r/s Sozialpädagog/in/en und die Umstellung auf Ganztagsbetreuung, unabhängig von der Schulform, ohnehin bereits Beschlusslage in den gemeindlichen Gremien sind.



Eingehend auf das Ergebnis der durchgeführten Elternumfrage erklärt Herr Wengler, dass auch für die CDU-Fraktion die Interessen der Schülerinnen und Schüler im Vordergrund stehen. Darum sei es ihr Anliegen, ein breit gefächertes Angebot an Schularten bereitzuhalten. Diese seien dann gefordert, ihre Qualität im Wettbewerb unter Beweis zu stellen, wobei die CDU-Fraktion volles Vertrauen in die Lehrkörper setze.

Herr Wengler appelliert an die Mitglieder der gemeindlichen Gremien, keine der Schularten im Voraus zu verurteilen sondern die Ideologie der Strukturen zu beenden und zukünftig Qualitätsverbesserungen in den Vordergrund der Betrachtungen zu stellen. Entscheidend sei nicht die Schulform, sondern die Qualität des Unterrichts.

Nach Abschluss der kontroversen Diskussion in der Angelegenheit wird zunächst über den **Antrag von Herrn Schlömann,**

die Entscheidung über die Einführung von Regional- bzw. Gemeinschaftsschulen auf einen Sitzungstermin nach der Kommunalwahl 2008 zu vertagen,

abgestimmt.

Dieser wird mit	16 Stimmen	(CDU-Fraktion, Herr Rösel, Herr Schäfer)
bei	9 Stimmen dafür	(SPD-Fraktion, Frau Baum, Frau Honerlah, Herr Schlömann)
abgelehnt.		

Anschließend erfolgt die Beschlussfassung über den Beschlussvorschlag gemäß Vorlage.

Beschluss:

- 1. Die Realschule im Schulzentrum und die Grund- und Hauptschule am Beckersberg werden zu einer Regionalschule mit Ganztagsbetrieb zusammengeführt. Die Grundschule wird mit der Regionalschule verbunden. Mittelfristig ist vorzusehen, die Schule ausschließlich am Standort Beckersberg zu führen.**
- 2. Die Realschule Rhen wird zu einer dreizügigen Gemeinschaftsschule mit Ganztagsbetrieb umgewandelt.**
- 3. Das Alstergymnasium wird unverändert fortgeführt. Ein Betrieb als Ganztagschule im Rahmen G8 ist einzuführen. Mittelfristig ist vorzusehen, das heutige Schulzentrum ausschließlich für den Gymnasialbetrieb zu nutzen.**
- 4. Die Grundschulen Ulzburg, Ulzburg-Süd und Rhen bleiben eigenständig.**



5. Die zukünftige Regional- bzw. Gemeinschaftsschule entwickeln die für die Beantragung erforderlichen pädagogischen Konzepte. Die Regionalschule bindet die Option der zweiten Fremdsprache ab Jahrgang 6 konzeptionell ein.

Die beiden Schulen entscheiden über den gemeinsamen Starttermin - Schuljahr 2009/10 oder 2010/11. Dementsprechend sind die Anträge vom Schulträger fristgerecht einzureichen.

Die Verwaltung wird aufgefordert, die für die neue Schulstruktur erforderlichen kurz- und mittelfristigen Raum-, Logistik- und Terminplanungen zu erstellen und eine Kostenabschätzung für die erforderlichen Erweiterungen vorzunehmen.

<u>Beschlussfassung:</u>	16 Stimmen dafür	(CDU-Fraktion, Herr Rösel, Herr Schäfer)
	8 Stimmen dagegen	(SPD-Fraktion, Frau Baum, Frau Honerlah)
	1 Stimmenthaltung	(Herr Schlömann)

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„Einrichtung einer Kinderkrippe in der Kindertageseinrichtung Theodor-Storm-Straße“

Siehe Vorlage.

Frau Honerlah weist darauf hin, dass der Vorschlag die Kinderkrippe in der Kindertageseinrichtung Theodor-Storm-Straße einzurichten, von der Verwaltung stammt und nicht, wie öffentlich berichtet, von einer der örtlichen politischen Gruppierungen.

Herr Schmidt setzt sich namens der SPD-Fraktion für eine wohnungsnaher Krippenbetreuung ein. Ziel seiner Fraktion seien 10 Krippenplätze je Ortsteil (außer Götzberg).

Beschluss: Die Kindertageseinrichtung Theodor-Storm-Straße wird um eine Krippengruppe für 10 Kinder erweitert.

Auf Grundlage der Entwurfsvariante B ist ein Bauantrag für den An- und Umbau zu erstellen.

Die Außenspielflächen sind nach Norden zu erweitern und umzugestalten. Entsprechende Gestaltungspläne sind zu erstellen.



Die erforderlichen Mittel für die An- und Umbaumaßnahmen, die Ausstattung der neue Räume / Gruppe und die Erweiterung und Umgestaltung der Außenspielbereiche werden im 1. Nachtragshaushalt 2008 bereit gestellt.

Beschlussfassung: einstimmig

**Zu Punkt 5 der Tagesordnung:
„Bewilligung über- und außerplanmäßiger Ausgaben“**

**Haushaltsstelle 88000.5900
NORDGATE - Das Tor zur Metropolregion Hamburg“**

Siehe Vorlage und Tischvorlage vom 18.03.2008.

Auf Wunsch der Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses in der Sitzung 28/2003-2008 am 17.03.2008 war der Tischvorlage der Entwurf der Kooperationsvereinbarung NORDGATE zwischen Neumünster, Bad Bramstedt, Kaltenkirchen, Henstedt-Ulzburg, Quickborn und Norderstedt beigefügt.

Herr Ostwald und Herr Schäfer beanstanden die ihrer Meinung nach unzureichende Einbindung der gemeindlichen Gremien in die Projektvorbereitung durch Bürgermeister Dornquast, befürworten jedoch beide das Projekt NORDGATE als solches.

Auch Herr Schlömann erachtet das Projekt NORDGATE für dienlich, signalisiert jedoch, dass er dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen wird, um sein Missfallen bezüglich der bisherigen Verfahrensweise zum Ausdruck zu bringen.

Beschluss: Die Gemeindevertretung stimmt dem Abschluss der Kooperations-Vereinbarung NORDGATE zwischen Neumünster, Bad Bramstedt, Kaltenkirchen, Henstedt-Ulzburg, Quickborn und Norderstedt zu.

Die Gemeindevertretung stimmt der überplanmäßigen Bereitstellung der Haushaltsmittel in Höhe von 15.000,00 € im laufenden Haushaltsjahr bei der HhSt. 88000.5900 zur Deckung der Mehrkosten für die Beteiligung an der Kooperation NORDGATE zur überregionalen Vermarktung der Gewerbeflächen zu.

**Beschlussfassung: 24 Stimmen dafür
1 Stimme dagegen (Herr Schlömann)**



Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

„Übertragung der Durchführung der Gewässerunterhaltung an der Alster und der Rönne auf den Gewässerpflegeverband „Mittlere Alster“ “

- Mitgliedschaft der Gemeinde im Gewässerpflegeverband „Mittlere Alster“

Siehe Vorlage.

Beschluss:

- 1. Der Gewässerpflegeverband „Mittlere Alster“ soll ab 01.01.2009 die Gewässerunterhaltung an den nach § 40 Abs. 1 i.V.m. § 51 Abs. 1 Landeswassergesetz (LWG) zuschussfähigen Nebengewässern der Alster im Gemeindegebiet unter folgenden Voraussetzungen übernehmen:**
 - 1.1. Das Land überträgt die Durchführung der Gewässerunterhaltung an der Alster auf den Gewässerpflegeverband „Mittlere Alster“.**
 - 1.2. Die Kosten der Gewässerunterhaltung der Alster werden weiterhin vollständig vom Land getragen.**
- 2. Die Gemeinde verzichtet auf Einwände gegen die Hinzuziehung der gemeindeeigenen Flächen zum Gewässerpflegeverband „Mittlere Alster“.**
- 3. Die nicht zuschussfähigen Gewässer nach § 40 Abs. 2 LWG und die Rohrleitungen ohne Gewässereigenschaft verbleiben in der Unterhaltungslast der bisherigen Unterhaltungsträger.**

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

„Erlass einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus Anlass von Märkten, Messen und ähnlichen Veranstaltungen an Sonn- und Feiertagen“

Hier: 1. Gewerbeveranstaltung „Family Day“ am 27.04.2008

2. „Henstedt-Ulzburg feiert“ am 31.08.2008

3. Sonderschau „Auto & Möbel“ am 05.10.2008

4. „Herbstfest“ am 02.11.2008

5. „Startschuss ins neue Jahr“ am 04.01.2009

Siehe Vorlage.



Beschluss: Die Gemeindevertretung nimmt den Entwurf der Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass gemäß § 55 Abs. 3 LVwG zur Kenntnis und erhebt hiergegen keine Bedenken.

Beschlussfassung: 23 Stimmen dafür
2 Stimmenthaltungen (Herr Bruhn, Herr Schäfer)

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

„Bebauungsplan Nr. 37 „Radeland“, 3. Änderung“ (beschleunigtes Verfahren)
- Beratung über die eingegangenen Anregungen und Bedenken der öffentlichen Auslegung -
- Satzungsbeschluss -

Siehe Vorlage.

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 37 „Radeland“ (beschleunigtes Verfahren) vorgebrachten Anregungen privater Personen sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange hat die Gemeindevertretung mit folgendem Ergebnis geprüft: (Die in der Vorlage aufgeführte Behandlung der Bedenken und Anregungen ist Bestandteil dieses Beschlusses).

Die Anregungen der SVG Südholstein Verkehrsservicegesellschaft mbH, der AKN Eisenbahn AG und des Landesbetriebes Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein - Landeseisenbahnverwaltung werden zur Kenntnis genommen. Der Hinweis wird in die Begründung übernommen.

2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie nach § 92 der Landesbauordnung (LBO) in den jeweils gültigen Fassungen, beschließt die Gemeindevertretung die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 37 „Radeland“ (beschleunigtes Verfahren) für das Gebiet - südlich des EBOE-Gleisbogens - westlich des Kirchweges - östlich der Bebauung Moorland - nördlich der Reihenhausbebauung Radeland - im Ortsteil Ulzburg -, bestehend aus der Planzeichnung - Teil A - und dem Text - Teil B -, als Satzung.
3. Die geänderte Begründung wird gebilligt.



- 4. Der Beschluss der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 37 „Radeland“ (beschleunigtes Verfahren) durch die Gemeindevertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist auch anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Öffnungszeiten eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.**

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

1) Zu TOP 8 - Bebauungsplan Nr. 37 „Radeland“, 3. Änderung“

Ein Einwohner aus der Straße Radeland erkundigt sich, was die beschlossene 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 37 „Radeland“ beinhaltet. Bürgermeister Dornquast sagt zu, ihm seine Frage in der Pause zwischen dem öffentlichen und dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung persönlich zu beantworten, was auch erfolgt.

2) Feststellung des Abstimmungsergebnisses durch Bürgervorsteher Süme

Ein Einwohner wiederholt seine bereits in einer vorangegangenen Sitzung an Bürgervorsteher Süme gestellte Bitte, zukünftig die Abstimmungsergebnisse der Gemeindevertretung vollständig, unter Nennung der Anzahl der Stimmen dafür und dagegen sowie der Stimmenthaltungen, mit Angabe der Fraktionszugehörigkeit bzw. des/r Namen/s des/der betreffenden Mitglied/s/er der Gemeindevertretung bekanntzugeben. Bürgervorsteher Süme sichert zu, fortan entsprechend dem Wunsch des Einwohners zu verfahren.

3) Zu TOP 3 - Einführung von Regional- bzw. Gemeinschaftsschulen

- a)** Ein Einwohner erkundigt sich, warum im Beschlussvorschlag für die zukünftige Gemeinschaftsschule die Zügigkeit enthalten ist, für die zukünftige Regionalschule jedoch nicht.

Herr Brocks begründet dieses damit, dass es sich bei der Regionalschule um eine Regelschule handelt, die den Bedarf an Beschulung bedienen muss. Somit mache es keinen Sinn, eine Zügigkeit festzulegen.

Das Gebäude der Realschule Rhen, in dem die Gemeinschaftsschule eingerichtet werden soll, ist derzeit auf einen dreizügigen Betrieb ausgerichtet. Sollte sich dort später eine größere Nachfrage ergeben, müsse über bauliche Maßnahmen nachgedacht werden.

- b)** Ein Einwohner, der selbst Mitglied in einem Förderverein der Schulen ist, macht darauf aufmerksam, dass mit der Zusammenlegung von Haupt- und Realschule auch deren Fördervereine fusionieren müssen. Er regt an, sich mit den Vorständen der betreffenden Vereine diesbezüglich in Verbindung zu setzen.

Bürgermeister Dornquast dankt für den Hinweis.



Nach Beendigung des Tagesordnungspunktes 9 schließt Bürgervorsteher Süme entsprechend der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung zu den Tagesordnungspunkten 10 und 11 die Öffentlichkeit aus.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:
„Grundstücksangelegenheiten“

Siehe Anlage zur Niederschrift.

Die Anlage ist vertraulich zu behandeln und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:
„Vereinsgrundstücke in Henstedt-Ulzburg“

Siehe Anlage zur Niederschrift.

Die Anlage ist vertraulich zu behandeln und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

Im Anschluss an die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt stellt Bürgervorsteher Süme die Öffentlichkeit wieder her und gibt die von der Gemeindevertretung gefassten Beschlüsse bekannt.

Danach schließt er die Sitzung.

gez. Joachim Süme
(Bürgervorsteher)

gez. Petra Felker
(Protokollführerin)

Gesehen:

gez. Volker Dornquast
(Bürgermeister)